DIE 1. TAGUNG DES OBERSTEN SOWJETS DER UDSSR

MICHAIL GORBATSCHOW

über die Ergebnisse der Besuche in Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich und über die Teilnahme an der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages

Moskau
Kreml
1. August 1989

VERLAG DER PRESSEAGENTUR NOWOSTI

Die 1. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR

MICHAIL GORBATSCHOW

über die Ergebnisse der Besuche in Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich und über die Teilnahme an der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages

Moskau,
Kreml,
1. August 1989

APN-Verlag
Moskau 1989

Der Gedanke, den Obersten Sowjet über unsere jüngsten außenpolitischen Schritte zu informieren, stammt von den Deputierten. Erstmals wurde er auf der Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR laut. Mir scheint, derartige Berichte sollten nicht nur zur Tradition, sondern auch zur Regel, zur Pflicht werden. Dies ist meine erste dementsprechende Äußerung.

Ich glaube nicht, daß ich vor Ihnen irgendeine Inventarisierung aller Probleme vornehmen muß, die während der Besuche in Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich angesprochen wurden. Ich möchte hier weitreichendere Überlegungen anstellen — diese drei Besuchsreisen bieten die Gelegenheit dazu.

Vor allem möchte ich folgendes sagen: Ausgangspunkt unseres gesamten internationalen Vorgehens sind das neue Denken und die neuen Grundlagen der außenpolitischen Linie des Sowjetstaates. Sie sind inzwischen vom Kongreß der Volksdeputierten bestätigt und haben Gesetzeskraft erlangt. Sie sind zum Bestandteil des vom Kongreß verabschiedeten Beschlusses geworden.

Sie werden mir gewiß zustimmen, daß eine untrennbare Verbindung zwischen der neuen Außenpolitik und der Perestroika im Landesinneren besteht. Darauf ist unsere gesamte Tätigkeit auf dem Weltschauplatz aufgebaut. Sie haben wohl bemerkt, daß während der Wahlkampagne in der Sowjetunion und auf dem Kongreß selbst unsere internationale Politik Unterstützung gefunden hat, obwohl ich sagen muß, daß sie nicht Gegenstand einer breiten Diskussion war.

Die natürliche intensive Beschäftigung mit den inneren

Problemen darf die Bedeutung der Außenpolitik bei der erfolgreichen Lösung dieser inneren Probleme nicht in den Hintergrund rücken. Denn die Resultate dieser Politik sind nicht nur eine Minderung der Kriegsgefahr und eine Stärkung der äußeren Sicherheit, entsprechen nicht nur unseren Interessen der Auffassung von der Sowjetunion im Ausland. Sie sind auch die beste Voraussetzung für die Durchsetzung unserer Pläne im Inneren, zur Annahme vor allem solcher Entscheidungen in der Wirtschaft, im sozialen Bereich, in der Kultur und Ideologie, die es der Gesellschaft gestatten, rascher und sicherer auf dem Wege der Perestroika voranzukommen. Überhaupt brauchen wir alle jetzt wie vielleicht nie zuvor günstige äußere Bedingungen, um die revolutionären und großangelegten Aufgaben zur Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft zu bewältigen.

In der Außenpolitik konzentriert sich also die Gesamtheit der Lebensinteressen **des ganzen sowjetischen Volkes.** Sie erfordert ständige Aufmerksamkeit und nicht geringe Anstrengungen aller unserer staatlichen Organe, unserer Öffentlichkeit, des ganzen Volkes. Damit müssen wir uns gründlich befassen.

Nicht selten kann man hören und sogar lesen, ob das nicht zu viel des Guten sei, ob für die außenpolitischen Angelegenheiten nicht zu viel Zeit und Kraft aufgewendet werde. Ich denke, Genossen Deputierte, daß man in dieser politischen Richtung nicht „sparen" und schon gar nicht etwa **die Innen- gegen die Außenpolitik** stellen darf. Natürlich stecken wir tief im Strom der Tagesanliegen, die brisante Situation, in der wir uns ständig befinden, hat ihre Auswirkungen auf uns. Dennoch dürfen wir nicht die Bedeutung der internationalen Tätigkeit für ebenjene Politik der Perestroika im Landesinneren aus dem Auge verlieren. Wenn es sich überhaupt noch jemand erlauben kann, sich im Namen der alten Dogmen aus dem Weltgeschehen herauszuhalten, dann jedenfalls nicht die Sowjetunion. Das Land wäre unausbleiblich zum Rückstand in Wissenschaft und Technik, zum Rückstand in der Wirtschaft, im Volkswohlstand verdammt. Und wir könnten unsere sehr reifen und in manchen Fällen überreifen inneren Aufgaben nicht lösen. Wir würden auch die Aussicht auf Wahrung unserer Rolle in der Welt einbüßen. Sie aber bedeutet alles, nicht nur eine Prestigefrage, unser Platz in der Weltentwicklung, im gesamtmenschlichen Fortschritt ist historisch bedingt. Der Über-

gang zur Zivilisation des 21. Jahrhunderts würde unmöglich, wenn die UdSSR das bliebe, was sie im Laufe langer Jahrzehnte war, und wenn die Perestroika nicht stattfindet. Die Impulse gehen also nicht nur von unseren inneren Bedürfnissen aus, sondern auch von der sich wandelnden Welt, in der wir heute ganz real leben.

In ebendiesem Zusammenhang müssen wir unsere Weltpolitik betrachten, darunter auch die jüngsten Besuche in drei bedeutenden europäischen Staaten und das Treffen in Bukarest mit unseren sozialistischen Verbündeten.

Ich möchte wiederholen, daß die Presse über diese internationalen Vorgänge informiert hat, und hoffe, wer den Wunsch hatte, hat sich damit beschäftigt. Das erspart es mir, den Inhalt darzulegen oder gar mich an die chronologische Reihenfolge zu halten und auf Einzelheiten einzugehen. Worauf ich mich in erster Linie konzentrieren will, sind Wertungen und Schlußfolgerungen. Und vielleicht ein paar wesentliche Eindrücke von diesen Reisen und Begegnungen.

Zu den Besuchen in Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. In wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht gehören sie zu den bedeutendsten Mächten der Welt von heute. Zwei von ihnen sind Nuklearmächte und ständige Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats. In der BRD ist ein riesiges nukleares und nichtnukleares Potential der NATO konzentriert. Allen diesen Ländern kommt eine immense Rolle bei der Gestaltung der europäischen und der Weltpolitik zu.

Die Besuche fanden in einem sehr verantwortungsvollen, man kann sagen, Umbruchsmoment der Weltentwicklung und angesichts tiefgreifender Umgestaltungen in der sozialistischen Welt statt. Sie verliefen vor dem Hintergrund wichtiger politischer Prozesse in Verbindung mit dem im Januar in Wien verabschiedeten Abschließenden Dokument, mit den aufgenommenen Verhandlungen über die konventionellen Rüstungen und die Streitkräfte in Europa, mit der nach einer gewissen Pause erneuerten außenpolitischen Aktivität der USA-Administration und demgemäß der NATO.

Und noch ein Umstand, der die Bedeutung dieser Besuche zu gerade diesem Zeitpunkt klarstellt. Westeuropa gelangt gegenwärtig rascher zur Erkenntnis der Notwendigkeit von Verständigung und Zusammenarbeit mit uns, ist bereit, jegliche Probleme unter Berücksichtigung der

Realitäten und des Interessenausgleichs zu erörtern und Konfrontationsverhalten zu überwinden.

Die Gespräche mit der Führung Großbritanniens, der BRD und Frankreichs, Begegnungen mit der Öffentlichkeit, mit einfachen Bürgern haben uns in der Meinung bestärkt, daß Europa heute durchaus nicht mehr das gleiche ist wie noch vor ein paar Jahren. Vergleicht man die eigenen jetzigen Kontakte mit früheren, die vor gar nicht langer Zeit auf gleicher Ebene stattfanden, empfindet man deutlich, wie schnell sich unsere Beziehungen zur westlichen Welt wandeln: mehr Vertrauen, sogar Zutrauen, mehr Klarheit, mehr Zuversicht in die Zukunft Europas und der Welt, mehr Offenheit. Und die Hauptsache: Die Beziehungen gewinnen tieferen Inhalt. Davon konnten wir uns in London wie in der BRD, in Paris ebenso wie in Strasbourg überzeugen, wo sozusagen das ganze Westeuropa präsent war. Unsere Treffen wurden auch dadurch beeinflußt, daß wir einander mit jedem Jahr besser kennenlernen. Persönliche Kontakte sind für die moderne Politik, wie jetzt für alle offensichtlich geworden ist, von unerhört großer Relevanz. Sie werden jetzt in allen drei Hauptstädten als eine integrierende Komponente des europäischen Prozesses angesehen.

Die neue Qualität der Treffen auf der höchsten und überhaupt politischen Ebene unterscheidet sich natürlich von Land zu Land. Aber nirgendwo sieht man einen Rücklauf.

Der Charakter unserer Besuche wurde ungemein stark durch die Geisteshaltung der Öffentlichkeit beeinflußt. Ich kann hierbei sogar unseren traditionellen Begriff „breite Massen“, jedoch bereits, wie man so sagt, ohne Selbstbetrug, gebrauchen. Wir waren begeistert über den Empfang, den uns die Staatsbürger aller drei Länder bereiteten. Verhalten und Gefühlsäußerungen der Menschen waren natürlich von Stadt zu Stadt unterschiedlich. Aber überall, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, hatten wir den Eindruck, es sei die Barriere zusammengebrochen, die uns jahrelang getrennt hat.

Es gab Interessen und Sympathien, Wohlwollen — eine sehr breite Gefühlspalette, jedoch keine Feindseligkeit oder Abneigung. Das ist der Eindruck, den ich Ihnen vermitteln möchte. Er übertrifft schon an und für sich die Bedeutung vieler politischer Beschlüsse und unterzeichneter Abkommen. Wir haben jenes unheimlich große Potential der guten

Nachbarschaft empfunden, das tatsächlich einen gravierenden Umbruch der Geschichte — und nicht nur Europas — sichern kann.

Das alles rührt daher, daß die internationale Bedeutung unserer Perestroika zunehmend begriffen wird. Die Auffassung unseres Landes im Ausland wurde von den Wahlen und vom Kongreß der Volksdeputierten sowie von der ersten Tagung des neuen Obersten Sowjets stark beeinflußt. Die Arbeit, die im Kreml geleistet wurde und wird, überzeugt sogar die Skeptiker von unseren tiefgreifenden und dimensionalen Wandlungen, unseren ernsthaften und konstruktiven Absichten und Taten. Wir haben gespürt, daß die konzentrierte und, gerade gesagt, allgemeine Aufmerksamkeit, die uns jetzt weltweit entgegengebracht wird, keine müßige Frage ist. Hier liegt die Erkenntnis der Tatsache vor, daß die moderne Welt ohne eine prosperierende Sowjetunion nicht vollkommen wäre.

Auch ein anderer Grund wirkt sich aus. In Europa hat jetzt jedermann den starken Eindruck, daß die Gefahr eines Nuklearkrieges in die Vergangenheit rückt. Die vor einiger Zeit aufgekommene Hoffnung verwandelt sich in die Zuversicht, daß die Welt gerettet werden kann, daß normale, zivilisierte Beziehungen zwischen den östlichen und westlichen Staaten möglich sind. Und die Befreiung vom drückenden Bewußtsein der ständigen Kriegsbedrohung rechnet man vor allem uns an und bringt das mit der sowjetischen Perestroika und der neuen Denkweise in Verbindung.

Kurzum, wir sahen mit eigenen Augen die Ergebnisse des bedeutsamen Umschwungs im internationalen öffentlichen Bewußtsein. Es kam deutlich bei unseren Besuchen zur Geltung. Das ist ein sehr gewichtiger Faktor im modernen Weltprozeß.

Zu den Grundthemen des politischen Dialogs und der Verhandlungen in allen drei Hauptstädten gehörten Stand der heutigen Welt und Aussichten der Lösung globaler, einschließlich weltwirtschaftlicher und regionaler, Probleme; Sicherheit und Abrüstung; gesamteuropäischer Aufbau; bilaterale Beziehungen angesichts der Perestroika in der UdSSR. Diese Probleme standen auch im Brennpunkt der Diskussionen mit den Wissenschaftlern. Alle diese Fragen wurden natürlich wie im eigentlichen Leben in ihrer Wechselbeziehung erörtert.

Ich muß sagen, daß wir in philosophischer Hinsicht ein

bedeutendes Verständnis unserer Analyse und unserer Überlegungen gefunden haben. Das widerspiegelt unserer Ansicht nach die objektive Situation — die zunehmende Einheitlichkeit der gegenwärtigen Welt, die Gemeinsamkeit der Geschicke Europas und der Menschheit.

Bei allen Besonderheiten der Ansichten und Bewertungen kann man meiner Meinung nach ähnliche Einstellungen zu so konzeptionellen Fragen feststellen, die unmittelbar mit der Weltpolitik zusammenhängen, wie Ablehnung und Sinnwidrigkeit kriegerischer Lösungen zwischenstaatlicher Probleme und Widersprüche; Primat der allgemeinmenschlichen Werte; Entscheidungsfreiheit; Senkung des Rüstungsniveaus und Beseitigung der militärischen Konfrontation; erforderliche ökonomische Adaption von Ost und West und Internationalisierung der Bemühungen im ökologischen Bereich; Verbindung von Politik und Moral; Rolle des humanitären und kulturellen Faktors im politischen Prozeß; Bedeutung eines unmittelbaren Umgangs zwischen den Bürgern verschiedener Staaten.

Selbst die Palette der erörterten Probleme und das dabei erreichte Einvernehmensniveau beweisen, daß sich die neue Denkweise in der internationalen Politik durchsetzt. Das ist bereits nicht lediglich Philosophie, sondern auch reale Politik.

In diesem Sinne ist die in Bonn unterzeichnete Gemeinsame Erklärung von grundsätzlicher Bedeutung. Das ist übrigens das erste Dokument, in dem zwei große europäische Staaten, die verschiedenen Systemen und verschiedenen Bündnissen angehören, aufgrund der philosophisch erfaßten Wandlungen in der Welt gemeinsam die Ziele ihrer Politik umrissen haben. Die markierende Bedeutung dieses Dokuments besteht auch darin, daß es den Willen der Völker der beiden Länder zum Ausdruck bringt, einen Strich unter die Nachkriegsperiode in der komplizierten Geschichte ihrer Beziehungen zieht und eine kreative vielfältige Zusammenarbeit aufgrund des Vertrauens, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils vorsieht.

Was die Differenzen bei den Verhandlungen in London, Bonn und Paris betrifft, so beziehen sie sich hauptsächlich auf die Rolle der Nuklearwaffen, obwohl wir andererseits auch Schattierungen in der Haltung und Argumentation sehen. Für die britische Führung ist die „nukleare Abschreckung“ beinahe so etwas wie eine fixe Idee.

In der Bundesrepublik Deutschland ist man über die Lage des Landes an der nuklearen Konfrontationslinie und die besondere Gefahr besorgt, die jegliche Nuklearwaffen für sie darstellen. Frankreich verteidigt seine spezifische Stellung im Nordatlantikpakt und eine „ausschließlich politische“ Zweckbestimmung seines Nuklearpotentials. Und alle sprechen von den Bündnisverpflichtungen.

Wir sind gegen die Strategie der „nuklearen Abschreckung“, die die Reduzierung konventioneller Waffen entwerten kann und der Aufgabe zuwiderläuft, die militärische Konfrontation in Europa zu beseitigen, wogegen anscheinend keine Einwände erhoben werden. Um zusätzliche Möglichkeiten zur Lösung der bei den Wiener Verhandlungen anstehenden Fragen zu nutzen, haben wir unseren Gedanken der etappenweisen Lösungen konkretisiert und ihn durch die Bereitschaft untermauert, unsere Raketen in Europa auch weiterhin einseitig zu reduzieren, wenn wir die Bereitschaft der NATO-Länder erkennen, mit uns Verhandlungen über die taktischen Nuklearwaffen aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Stellung zu der Frage nehmen, die bei den sowjetischen Menschen mitunter auftaucht und von manchen sogar unverblümt gestellt wird: Gehen wir nicht zu weit, machen wir vielleicht unzulässige Zugeständnisse? Ich kann aufgrund der Leninschen Lehren aus tiefster Überzeugung sagen: Der Weg zu einer friedlichen Periode, normalen internationalen Beziehungen führt nur über einen vernünftigen Kompromiß. Hierzu ist die Weltgemeinschaft unserer Ansicht nach herangereift. Das bestätigen die Erfahrungen. Und sie ist imstande, ja lassen Sie mich das noch stärker sagen, ist dazu verdammt, auf einen Begriff wie „Feindbild“ zu verzichten. Wenn wir also aus einer ganz anderen Zeit und aus einem anderen Lied stammende Anspielungen auf das Lob seitens des „Gegners“ hören, können wir nur bedauernd feststellen: Wer so denkt, hat in den vier Jahren der Perestroika nichts begriffen und nichts hinzugelernt.

Wir würden es uns einfach machen, wenn wir ignorieren wollten, daß auch der Westen uns bei den Abrüstungsfragen entgegenkommt. Allgemein anerkannt ist die historische Bedeutung des INF-Vertrages, der ehrlich erfüllt wird. In den vergangenen drei Jahren haben die USA ihr Militärbudget nicht vergrößert, und jetzt entbrannten bei ihnen im Kongreß Schlachten um die Finanzierung einiger

Militärprogramme. Sie zogen aus Europa eine erhebliche Zahl von nuklearen Gefechtsladungen ab, erklärten ein Moratorium für die Produktion von Plutonium und Tritium zu militärischen Zwecken, bauten das Programm der Panzerherstellung ab. Abgeschlossen ist die Vernichtung der der BRD gehörenden Raketen Pershing 1A. Die Antwort von Präsident Bush und der NATO auf unseren Vorschlag zur Reduzierung konventioneller Rüstungen in Europa bringt eine Lösung des Problems näher, statt sie aufzuschieben.

Die zweite Runde der Wiener Verhandlungen über diese Fragen wurde, man kann sagen, mit einem Pluszeichen abgeschlossen. Durch Entgegenkommen gelang es, die Lösung der Frage über das Verbot der C-Waffen spürbar näher zu bringen.

All das sind überaus ernsthafte Dinge. Und man darf sie nicht unterschätzen. Damit wird die militärpolitische Tätigkeit der USA und der NATO natürlich nicht eingeschränkt. Wir sehen gut auch die anderen, für den Frieden gefährlichen Seiten dieser Tätigkeit. Man braucht hier nur an einige Haltungen zu erinnern, die in der Brüsseler NATO-Erklärung dargelegt worden sind.

Nichtsdestoweniger enthalten die begonnenen Prozesse eine neue Qualität, neue Möglichkeiten und neue Anforderungen an die Beziehungen zwischen beiden Welten.

Davon zeugt auch eine umfassende, ich würde sagen, komplexe und überaus inhaltsreiche Erörterung von Problemen des **europäischen Aufbaus** während der Besuche. Eine positive Einstellung zu der Idee des gesamteuropäischen Hauses ist in der Gemeinsamen sowjetisch-westdeutschen Erklärung, in Äußerungen des Präsidenten François Mitterrand, in der konstruktiven Reaktion auf unser Auftreten in Strasbourg fixiert.

Möglichkeiten und Ergebniswirksamkeit des Dialogs über europäische Probleme erweitern sich in dem Maße, wie insgesamt doch die Erkenntnis zunimmt, daß Versuche zur Entstabilisierung der Lage in sozialistischen Ländern unter Ausnutzung der stürmischen Prozesse der gegenwärtigen Wandlungen in diesen Ländern für den Westen selbst unannehmbar und gefährlich sind. Ich muß auch sagen (und Diskussionen während der Besuche bestätigen das): Immer mehr Menschen im Westen beginnen zu verstehen, daß der Erfolg unserer Perestroika keine kapitalistische Entartung der sowjetischen Gesellschaft bedeutet, daß wir

die Perestroika nach wie vor auf der Grundlage unserer Werte verwirklichen, indem wir Aufgaben einer Erneuerung des Sozialismus lösen. Vor der ganzen Welt ist in Strasbourg gesagt worden, daß es die Weltgemeinschaft im Falle des Erfolgs der Perestroika mit einem neuen sozialistischen Staat zu tun haben wird. Ich betone — mit einem neuen, aber eben mit einem **sozialistischen.** Allem Anschein nach wird das im Westen immer deutlicher erkannt. Auch diesbezügliche Spekulationen lassen nach. Und das fällt schwer. Für viele ist es nicht leicht, sich mit einer solchen Schlußfolgerung abzufinden. Jedoch entwickelt sich die Meinung der Weltöffentlichkeit in ebendieser Richtung.

Meiner Meinung nach kann man im Ergebnis dieser Besuche von einer Annäherung der Vorstellungen von einem europäischen Haus und davon sprechen, daß die Realität dieser Idee sinnfälliger geworden ist.

Heute ist es wohl noch unmöglich, die Bedeutung unseres Besuches in Strasbourg in vollem Maße einzuschätzen. Das war, bildlich gesagt, der Besuch in Westeuropa in seiner Gesamtheit, wie sie sich zu diesem Zeitpunkt darbietet. Strasbourg ist eine der „Hauptstädte" der westeuropäischen Integration, die nicht nur den ökonomischen, sondern auch den politischen, parlamentarischen, juristischen, kulturellen und andere Bereiche erfaßt hat. Mit dem Auftreten vor der parlamentarischen Versammlung des Europarates wurde gleichsam ein Dialog auf höchster Ebene mit der repräsentativsten (23 Länder) und ältesten westeuropäischen politischen Organisation eingeleitet — im Mai beging sie ihren 40. Jahrestag. Darüber hinaus hat in Strasbourg auch das Europäische Parlament (12 Länder) seinen Sitz, dessen Mitglieder ebenfalls zum Treffen eingeladen waren.

Ich muß zugeben: Der uns dort erwiesene Empfang, die Reaktion auf unsere Vorstellungen, die in der Rede und bei Gesprächen geäußert wurden, der Wunsch, Probleme des europäischen Aufbaus mit uns praktisch zu erörtern — all das kam unserer Delegation sogar etwas unerwartet. Mit Genugtuung können wir deshalb feststellen, daß wir in Strasbourg eine überzeugende Bestätigung der Vitalität und des aussichtsreichen Charakters des gesamteuropäischen Prozesses gefunden haben.

Der Europarat kann zu einem Tragwerk des gesamteuropäischen Hauses, zum Ort einer gemeinsamen Aufarbeitung wichtiger Initiativen werden. Uns steht bevor, nicht

nur die Deklaration, die uns überreicht worden ist, sondern auch die Konventionen des Europarates über Kultur, Bildung, Ökologie, Fernsehen und andere Fragen aufmerksam zu studieren und zu entscheiden, welchen davon wir uns anschließen könnten. Und natürlich ist die Zeit gekommen, dauernde Kontakte zum Europarat und zum Europäischen Parlament auf der Ebene des Obersten Sowjets aufzunehmen, erst recht als wir Einladungen ihrerseits erhielten.

Mehrmals und eingehend interessierten sich unsere Gesprächspartner für die **sowjetisch-amerikanischen Beziehungen** im Zusammenhang mit den europäischen Angelegenheiten. Unsere Haltung hierbei ist ganz eindeutig. Sie basiert wie alles andere auf dem politischen Realismus. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind objektiv ein Faktor des europäischen Prozesses, und es wäre primitiv, mehr noch, ich sage das unumwunden, auch sinnlos, diese Realität zu unterschätzen und erst recht irgendwelche Pläne zu schmieden. Daher liegt es in unserem und im allgemeinen Interesse, die Beziehungen zu diesem Land so zu gestalten, daß sie zur Adaption von Ost und West auf dem Wege zu einer neuen, friedlichen Ordnung in Europa beitragen, die Sicherheit aller und eines jeden unter den Bedingungen der Realisierung ihres unveräußerlichen Rechts auf eine sozialökonomische Wahl festigen.

Diese Kriterien legen wir auch an die kürzlichen Besuche von Präsident Bush in Polen und in Ungarn an. Das ist eine natürliche Sache. Allerdings unter der Voraussetzung, daß die Versuchung unterdrückt wird, die komplizierten Prozesse der Umgestaltungen in Ländern mit einem anderen System zu dem Zweck auszunutzen, sie von dem von ihnen selbst gewählten Weg abzubringen. Das würde bestimmt negative Folgen für ganz Europa haben.

Während der Besuche spürten wir noch einmal das Interesse der Europäer an einer weiteren Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, und vor allem an einem Erfolg der Verhandlungen über die Halbierung der strategischen Nuklearrüstungen. Wir haben die diesbezüglichen Meinungen unserer Gesprächspartner sehr ernst genommen, die im Prinzip mit unseren eigenen Wünschen übereinstimmen.

Gestatten Sie mir nun, einige, darunter auch praktische, Schlüsse der Besuchsergebnisse in diesen drei großen europäischen Staaten **zu ziehen.**

Zunächst zum ökonomischen Aspekt. Im Ergebnis der Gipfeltreffen und anderer Verhandlungen in Großbritannien, der BRD und Frankreich wurde wohl ein beispielloser Vorlauf der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit geschaffen. Es wurde eine Rekordanzahl von Abkommen unterzeichnet: in Bonn — 12 und in Paris — 22. Es kommt natürlich nicht auf die Zahl an. Aber auch sie hat etwas zu sagen.

Wichtig ist auch, daß Treffen mit den prominentesten Vertretern der Geschäftswelt stattgefunden haben, die unseren Eindrücken nach gegenüber unseren heutigen außenwirtschaftlichen Möglichkeiten wenn auch kritisch, doch konstruktiv gesinnt und geneigt sind, weit, mit der Perspektive zu blicken, sowie bereit sind, mit Pragmatismus und Entschlossenheit, die Geschäftsleuten innewohnen, gemeinsam nach besonders annehmbaren Formen des Zusammenwirkens zu suchen. Nebenbei gesagt hörte man während dieser Treffen auch Beschwerden über das Zaudern, ja die Verschleppung seitens einiger sowjetischer zentraler Staatsorgane. Wie sich erwies, war die Kritik oft begründet, wenn wir uns in konkreter substantieller Hinsicht für diese Fragen interessierten.

Unter Berücksichtigung dessen und der Wichtigkeit der dringenden Lösung der hier bestehenden Probleme für uns werden sich die entsprechenden Komitees des Obersten Sowjets und die Kommissionen der Kammern in diese Sache so oder anders einschalten müssen.

Der überwiegende Teil der abgeschlossenen Abkommen bezieht sich auf die ökonomische und wissenschaftlich-technische Sphäre. Die Aufgabe besteht darin, daß ihre Realisierung der Wirtschaftsreform hilft, daß sich praktische Stimuli für die Entwicklung der wirtschaftlichen Direktbeziehungen, einschließlich kleinerer und mittelständischer Firmen, für eine effektive Arbeit von Gemeinschaftsunternehmen herausbilden, die Erzeugnisse produzieren, derer unser Verbraucher äußerst bedarf. Die Zusammenarbeit mit französischen Firmen wird im Agrar-Industrie-Komplex und in der Forstwirtschaft vorgesehen. Unter Teilnahme von Firmen der BRD und Italiens wird eine Modernisierung der Leichtindustrie vorgenommen. Es eröffnen sich Möglichkeiten für die Kooperation in so progressiven Bereichen wie schwere Weltraumplattformen, Flugzeugbau, Eisenbahntransport, Telekommunikationen, Fernsehen der künftigen Generation und andere. Vieles

erwarten wir von der Gründung von Häusern für Wirtschaft und Industrie bei uns in Leningrad und in der BRD. Nebenbei gesagt, eine Art Paradox besteht darin, daß es früher schien, daß die größten Kalamitäten uns bei der Umsetzung unserer neuen internationalen Politik auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Rüstungsreduzierung erwarten. In der ökonomischen Sphäre schien alles einfacher und gewohnter zu sein. Nun sieht die ganze Sache anscheinend umgekehrt aus. Die Schwierigkeiten resultieren hier, wollen wir aufrichtig sein, nicht nur aus den vom Westen aufgeführten Barrieren — sie gibt es, und sie bleiben erhalten —, sondern auch aus unserer Trägheit, aus dem Rückstand bei der Entwicklung unseres ökonomischen Umgestaltungsdenkens und, ich sage es geradeheraus, aus der Unfähigkeit, auf dem Weltmarkt zu arbeiten, aus Inkompetenz und Vorurteilen und mitunter auch einfach aus Faulheit.

Als wir die Botschaften nach ihrer Meinung über die Arbeit unserer Delegationen in den letzten zwei Jahren befragten, erhielten wir sehr kritische Einschätzungen, insbesondere darüber, was die Kompetenz und das Fehlen der Reiseprogramme betrifft. Unter Berufung auf die Schlußfolgerungen der Botschaften kann man auch davon reden, daß viele Delegationsmitglieder auf Kosten des Staates ins Ausland reisen, um ihre Kenntnisse im Bereich der Kultur zu ergänzen und die Kunstwerte anderer Länder kennenzulernen. Das ist so ernst zu nehmen, daß dies irgendwie beendet werden muß. Ich glaube, das muß ein Gegenstand der Erörterung im Obersten Sowjet der UdSSR mit der Entgegennahme der Berichte sowohl unserer Handelsvertreter als auch unserer Botschafter werden.

Ich möchte speziell die Abkommen über die Ausbildung von Kadern für die wirtschaftliche Tätigkeit herausstellen. Schon mehrere hundert Fachleute machten oder machen heute in der BRD, Frankreich und Großbritannien Lehrgänge in modernen Methoden des Wirtschaftens und des Handels durch und werden sowjetische Manager. Auch hier ist jedoch bei uns nicht alles in Ordnung. Botschafter Kvitsinsky berichtet, daß man mitunter nicht die entsprechenden Leute auswählt, die sich dort für ganz andere Dinge interessieren und damit das Erstaunen ihrer Lehrer hervorrufen.

In gesamtpolitischer Hinsicht kann man die Bedeutung der Besuche in Westeuropa — bei allen Besonderheiten

jedes Besuchs — folgenderweise verallgemeinern. Erzielt wurde wohl ein entscheidender Einbruch in ideologische Barrieren auf dem Weg zum neuen, friedlichen Europa. Gefestigt wurde das Vertrauen bei der Auffassung des anderen auf staatlicher Ebene. Die Humanisierung unserer Beziehungen zu den Staaten des anderen sozialen Systems untermauert stark den friedlichen Prozeß auf dem Kontinent durch die Öffentlichkeit und Millionen Europäer.

In diesem Kontext gewinnt die Qualität der kulturellen und überhaupt allgemeinmenschlichen Beziehungen zunehmend an Bedeutung. Auf der Tagesordnung stand bereits lange die Frage über die Errichtung von Kulturzentren auf gleichberechtigter Grundlage. Heute ist diese Frage gelöst worden. Die Atmosphäre unserer Besuche selbst, deren intellektueller Gehalt, die Teilnahme vieler Vertreter unserer Intelligenz und die unterzeichneten Abkommen bieten den Wissenschaftlern und Künstlern, Literaturschaffenden und Vertretern der Künstlerverbände neue Möglichkeiten, ihre Rolle als Vertreter der Perestroika umfassender und kühner zu erfüllen, gemeinsam mit ihren westlichen Kollegen die geistigen und moralischen Prinzipien einer friedlichen Ordnung in Europa zu formieren und im allgemeinen ein anderes, europäisches Milieu, zu schaffen.

Als eine Investition in die Zukunft würde ich Übereinkünfte über Kontakte zwischen Jugendlichen, den Austausch von Schülern und Lehrern und deren Unterbringung in Familien bezeichnen. Dieser Austausch wurde auch früher praktiziert, allerdings beteiligten sich daran nur einzelne Menschen. Jetzt geht es um Tausende.

Als einen gewichtigen Faktor bewerte ich die Aufnahme militärischer Kontakte zwischen der UdSSR und den NATO-Staaten, an denen Verteidigungsminister, Generalstäbe, Truppeneinheiten, militärische Bildungseinrichtungen usw. teilnehmen. Das Einvernehmen und sogar einfach die Bekanntschaft in diesem Bereich ist, wie Sie verstehen, eine besondere Komponente der Vertrauensbildung und Prognostizierbarkeit der militärischen Aktivitäten. Vor zwei bis drei Jahren wurde etwas Ähnliches als unwahrscheinlich und unerwünscht angesehen. Heute aber tragen solche Praktiken zur Gestaltung einer Atmosphäre bei, in der man zuversichtlicher handeln und Rüstungsausgaben reduzieren kann, ohne natürlich die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zu vergessen.

Während der Besuche haben wir eine Aktivierung der parlamentarischen Beziehungen vereinbart, deren politische Bedeutung in unserer Zeit offensichtlich ist und zunehmen wird. Umso mehr ist es wichtig, in diesem Bereich Formalismus und Besichtigungscharakter dieses Austausches auszuschließen. Übrigens gibt es in den ausländischen parlamentarischen Erfahrungen viel Nützliches für unsere demokratischen Institutionen, für die Perfektionierung der Arbeitsregeln des Obersten Sowjets selbst.

In der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich waren wir im Vorfeld der **Beratung der Spitzenpolitiker der sieben** führenden kapitalistischen Länder, die diesmal in Paris abgehalten wurde. Aus diesem Anlaß habe ich Präsident Mitterrand eine Botschaft gesandt, in der ich die Ansichten der sowjetischen Führung zu den Kernproblemen der Weltwirtschaft darlegte. Im wesentlichen geht es um folgendes.

Der objektive Prozeß der Internationalisierung der modernen Weltwirtschaft erfordert einen neuen Stand der multilateralen ökonomischen Wechselbeziehungen. Wenn wir die Bemühungen der „Sieben" um Koordinierung der makroökonomischen Politik verfolgen, gelangen wir zur Schlußfolgerung, daß es möglich ist, eine größere Prognostizierbarkeit der Wirtschaftsprozesse zu sichern. Das aber ist eine wichtige Voraussetzung der allgemeinen ökonomischen Sicherheit. Das betrifft auch eine sehr besorgniserregende Entwicklungsrichtung unserer heutigen Zivilisation, zu der auch wir gehören.

Unsere Perestroika ist untrennbar mit dem Kurs auf eine inhaltsreiche Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung verbunden. Das brauchen wir, aber auch die ganze Welt würde davon nur profitieren. Die Gesetze der gegenwärtigen Wirtschaftsevolution, die mit der wachsenden wechselseitigen Abhängigkeit in der Welt zusammenhängen, überbrücken die unpassierbaren Wasserscheiden zwischen verschiedenen Wirtschaftssystemen. Obwohl jedes System seine Spezifik beibehält, brauchen sie einander immer mehr und benutzen übrigens vergleichbares Regulierungsinstrumentarium. In Zukunft kann man vielleicht auch über die Kopplung der Mechanismen zur makroökonomischen Koordinierung sprechen. Die Pariser Beratung wurde über unsere Bereitschaft zum Dialog zu all diesen Fragen in Kenntnis gesetzt.

Viele Widersprüche bleiben natürlich bestehen. Nichts-

destotrotz sehen wir die Berührungspunkte und sich gegenseitig ergänzende Einstellung z. B. zu solchen Problemen wie Schuldenregelung der Dritten Welt, treten für die Entwicklungsförderung und Entscheidungen auf, die für Kreditgeber und Schuldner, Spender und Nehmer akzeptabel wären.

Die Sicherung einer stabilen Entwicklung der Weltwirtschaft setzt auch zusätzliche ökologische Stabilisierungsmittel voraus und erfordert einen hohen Abstimmungsgrad bei der Überwindung der globalen ökologischen Bedrohung.

In den Schlußentscheidungen der Pariser Beratung der „Sieben" sahen wir unsererseits einige neue, positive Momente, jedenfalls im Vergleich zur Vergangenheit. Ein Vorankommen hat sich abgezeichnet.

Nicht nur in der Botschaft, sondern auch in Gesprächen mit westlichen Vertretern legten wir stets den Gedanken dar, daß jegliche „Drei", „Sieben" und alles Sonstige in diesem Sinn die Geschicke der Welt nicht lösen und für die Völker nicht entscheiden können. Wir sind für eine Internationalisierung bei der Erörterung von Globalproblemen, die alle Staaten und alle Zivilisationsgebiete betreffen. Ein hierzu geeignetes Instrument ist die Organisation der Vereinten Nationen, die lange gewartet hat, um in dieser Rolle auftreten zu können.

Im Hinblick auf die westeuropäische Richtung unserer Tätigkeit kann man insgesamt folgende Schlußfolgerung ziehen: Die Welt begann, sich zu ändern. Das wird zunehmend sichtbar. Den einen gefällt das mehr, den anderen weniger. Wieder anderen gefällt das überhaupt nicht. Wir wissen das ebenfalls. Es gibt solche Menschen in Amerika und in den westeuropäischen Ländern. Die einen fördern die Wandlungen. Andere bremsen sie. Es gibt auch solche, die abwarten und noch keine Wahl getroffen haben.

Wichtig ist jedoch, daß die westeuropäischen Spitzenpolitiker und anscheinend die meisten Europäer nicht nur die Möglichkeit, sondern vielmehr auch die Notwendigkeit verstehen, ein neues Europa aufzubauen. Man begreift zunehmend, daß es keine Alternative gibt, daß Europa, ausgehend von den bestehenden Realitäten, vorwärts, nicht jedoch rückwärts — zu den kriegsträchtigen Zeiten — schreiten muß.

Auf dem Weg zu einer friedlichen Periode hat man noch viele diffizile Aufgaben und schwierige Knoten zu

lösen. Mitunter setzt wieder ein Hauch und sogar ein Wind des kalten Krieges ein. Die NATO hält es wohl für nützlich, sie von Zeit zu Zeit wieder spüren zu lassen, einzeln oder beides zusammen. Wir haben sie erst kürzlich in einigen Ansprachen und Erklärungen verspürt. Daher muß man behutsam vorgehen, um das Neue, das in Europa bereits eine normale, sozusagen menschliche, Gestalt gewinnt, nicht einzufrieren. Ich würde so sagen: Man darf sich die gebotene Chance nicht entgehen lassen, und man muß durch die initiativreiche Politik die entstandenen Prozesse — nicht nur in der europäischen Richtung der Weltpolitik, sondern auch insgesamt — voranbringen. Und man darf sich natürlich nicht von den Realitäten lösen, man muß mit Rücksicht auf diese Realitäten handeln.

Insgesamt kann man feststellen, daß — wenn man den Leninschen Ausdruck gebraucht — das friedliche Zusammenleben verschiedener europäischer Staaten zu einer Realität wird, die niemand ignorieren kann.

Genossen Deputierte! Derart bedeutsame außenpolitische Aktionen, über die ich Sie heute informiere, weisen **im Rahmen unserer Bündnisbeziehungen** eine überaus wichtige Dimension auf. Aus Strasbourg flogen wir direkt zur Tagung des Beratenden Politischen Ausschusses in Bukarest.

Die Tagung in Bukarest war eine ungewöhnliche Beratung, weil sie in einer sehr verantwortungsvollen Etappe im Leben der sozialistischen Gemeinschaft ausgetragen wurde; das betrifft auch den Charakter des dortigen Meinungsaustauschs. Die in Bukarest angenommenen Dokumente sind ein ganzheitliches Aktionsprogramm auf dem Weg zu einem sicheren und friedlichen Europa. Sie zeugen davon, daß die sozialistischen Staaten auf Herausforderungen der Zeit adäquat reagieren. Das ist das Ergebnis einer kollektiven Arbeit, sie enthalten den Beitrag eines jeden Staates.

Die Tagung reagierte auf die Vorschläge der Brüsseler NATO-Ratstagung konstruktiv und stellte fest, daß sie in bestimmtem Sinn den Initiativen des Warschauer Vertrages zur Reduzierung der konventionellen Rüstungen und Streitkräfte entgegenkommen. Die Tagung führte die Erkenntnis der Notwendigkeit vor Augen, unser Bündnis aus einer militärisch-politischen Organisation in eine politisch-militärische unter Berücksichtigung neuer Realitäten in Europa und in der Welt umzuwandeln. Das wird das

Vorankommen zu dem von den sozialistischen Staaten angekündigten Ziel — zur Vorbereitung auf die Auflösung der Organisation des Warschauer Vertrages und der NATO über den gesamteuropäischen Prozeß — fördern. Solange Bedingungen dazu noch nicht herangereift sind, werden wir die Beziehungen zwischen den Blöcken auf der Grundlage der Nichtkonfrontation entwickeln.

Das höchste Forum unseres Bündnisses war in vieler Hinsicht seinem inneren Wesen nach neu und zeichnete sich durch Aufrichtigkeit und Ungewöhnlichkeit der Analyse der Ereignisse aus. Hat es dabei unterschiedliche Einschätzungen, differierende Standpunkte gegeben? Ja, es gab sie. Und wir sehen darin nichts Schlechtes. Die Zeiten der zur Schau gestellten Einmütigkeit sind vorbei. Bei der Eigenart der Verhaltensweisen und angesichts dessen, daß die Innen- und Außenpolitik verschiedener Länder des Warschauer Vertrages ihre wesentlichen Besonderheiten haben, erwies die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses nichtsdestoweniger eindrucksvoll den gemeinsamen politischen Willen zum gegenseitigen Verstehen und zum Zusammenwirken. Das ist das Wichtigste. Es ist bestätigt worden, daß sich die verbündeten Länder im Herangehen an kardinale Probleme des Weltprozesses einig sind. Eben das ermöglichte ihnen, über eine im Prinzip gemeinsame Linie in der gegenwärtigen Etappe leicht übereinzukommen.

Die Ergebnisse der Bukarester Tagung wurden in regierenden Kreisen Westeuropas im großen und ganzen beifällig aufgenommen. Das ist ungewöhnlich, entspricht aber dem neuen Geist der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa.

Unsere Verbündeten unterstützten den Vorschlag zur Abhaltung eines zweiten gesamteuropäischen Gipfeltreffens nach dem Typ Helsinki 1975. Es wird ermöglichen, in die Zukunft Europas zu blicken und die Perspektive des europäischen Prozesses mit dem Hinblick auf das 21. Jahrhundert zu klären.

Die Bukarester Tagung bestätigte ein weiteres Mal, daß die neuen Beziehungen, die auf den Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, der Unabhängigkeit und Selbständigkeit basieren, in der sozialistischen Gemeinschaft festen Fuß fassen. Heute ist bereits allen klar, daß es keine universellen sozialistischen Modelle gibt und keiner das Monopol auf die Wahrheit besitzt. Jedes Volk entscheidet

selbst über das Schicksal seines Landes, wählt selbst ein System und eine Ordnung. Und niemand darf sich, unter welchem Vorwand auch immer, von außen einmischen, seine Vorstellungen von der Politik einem anderen Land aufzwingen.

Erstmals nahm die Erörterung tiefgreifender Umgestaltungen in Ländern der Gemeinschaft auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses, besonders beim Treffen der Delegationsleiter, einen wesentlichen Raum ein. Es wurden prinzipielle Aspekte der heutigen Auffassung des Sozialismus und der Wege zu dessen Erneuerung angeschnitten. Es wurde ein umfassendes Gespräch darüber eingeleitet, wie ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den neuen Bedingungen größere Dynamik und größere Wirksamkeit verliehen werden können. Wir vereinbarten, den in Bukarest begonnenen gründlichen Meinungsaustausch über dieses Thema bald wiederaufzunehmen und ihn dauerhafter und konkreter zu machen. Das ist ebenfalls ein Zeichen der Zeit, das Gebote der Integrationstendenzen in der Welt widerspiegelt.

Die Sorge für die Geschicke des Sozialismus, die Erkenntnis des Umbruchscharakters des Augenblicks, das gemeinsame Interesse am Erfolg der Erneuerungsprozesse — all das wirkte sich auf die Arbeit der Tagung stark aus.

Ganz offensichtlich ist, daß ihre Ergebnisse wie auch die Situation in ganz Europa u. a. eine Erneuerung von Kontakten des Obersten Sowjets mit den Parlamenten der verbündeten Staaten voraussetzen.

Überhaupt gestatten der Charakter der Bukarester Tagung und die Ergebnisse der Gipfeltreffen auf Kuba und in China davon zu sprechen, daß unsere Beziehungen zu den sozialistischen Ländern eine einheitlichere Gestalt als Faktor der positiven Prozesse in der gegenwärtigen gegenseitig abhängigen Welt — bei der Aufrechterhaltung und sogar der Verstärkung der Spezifik in den Beziehungen zu jedem von ihnen — gewinnen.

Bei dieser Gelegenheit will ich erneut die weltweite Bedeutung der Normalisierung unserer Beziehungen zur Volksrepublik China hervorheben. Der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR hat dieses Ereignis hoch gewürdigt.

Nebenbei gesagt, wurde mir mehrmals in Bonn und in Paris beharrlich die Frage nach unserer Reaktion auf die bekannten Ereignisse in Peking gestellt. Ich meine, es lohnt

sich, von dieser Tribüne das Wesen meiner Antworten darzulegen. Der Prozeß der Wandlungen, der in einem solchen Land wie China verläuft, ist eine Erscheinung von Weltbedeutung. Natürlich wünschen wir dem chinesischen Volk Erfolg bei der Bewegung auf dem Weg der Umgestaltungen, der von ihm selbst gewählt worden ist. Auf diesem Weg kann es schmerzhafte Erscheinungen und Konflikte geben. Unsere Einstellung zu der Tragödie in Peking haben wir dargelegt. Wir bedauern, daß es so gegangen ist. Wir sind dafür, daß die akutesten Probleme über einen politischen Dialog der Behörden mit dem Volk geregelt werden. Das ist unsere Meinung. Diese Methode haben wir für uns gewählt. Jedoch löst jedes Volk seine Probleme selbst. Das ist unsere prinzipielle und, ich glaube, unwandelbare Haltung.

Wir haben die feste Absicht, die Ergebnisse des Besuches in der Volksrepublik China konsequent und voll zu nutzen, zur gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten, darunter auch auf den in der wissenschaftlich-technischen Hinsicht besonders fortgeschrittenen, auf jede Art und Weise beizutragen. Daran wird bereits gearbeitet. Unlängst hielt sich eine Regierungsdelegation unter Leitung des Mitglieds des Staatsrates Song Jian im Zusammenhang mit den Tagen der chinesischen Wissenschaft und Technik in der UdSSR auf. Dieser Tage weilte in Moskau Tian Jiyun, Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und Stellvertreter des Premiers des Staatsrates der VR China. Er leitete die chinesische Seite in der Kommission für die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik. In Aussicht genommen ist die Entwicklung der Kontakte zwischen den Parteien.

Ich bin überzeugt, daß der auf ein neues Niveau gelangte sowjetisch-chinesische Dialog seiner Bedeutung und der Bedeutung unserer Beziehungen nach den Interessen unserer beiden Völker, den Interessen der asiatisch-pazifischen Region und der ganzen Weltgemeinschaft entspricht.

* * *

Genossen! Unser außenpolitischer Kurs demonstrierte eine bestimmte Effektivität, weil er, wie ich glaube, wissenschaftlich fundiert ist und die Herausforderungen der Zeit, die Bedürfnisse sowohl unserer Gesellschaft als auch der Welt, in der wir leben, wahrgenommen hat.

Unsere prinzipielle Entscheidung, der das neue Denken zugrunde liegt, ist **richtig**. Die Aufgabe besteht darin, das angesammelte außenpolitische „Kapital“ zu mehren, seine Dividenden für das Wohl unseres Volkes, der allgemeinen Sicherheit und des Fortschritts konsequent und maximal zu nutzen.

Von entscheidender Bedeutung sind hier die strikte Erfüllung der von uns selbst abgeschlossenen Verträge und Abkommen und die unbedingte Befolgung von Geist und Buchstaben des Beschlusses des Kongresses der Volksdeputierten und seines Appells an die Völker der Welt. Dem Obersten Sowjet, seinen Komitees und Kommissionen und dem höchsten Machtorgan — den Kongressen der Volksdeputierten — steht es bevor, die wirksame verfassungsmäßige Parlamentsaufsicht darüber zu verwirklichen, daß bei uns Wort und Tat eins sind, daß unsere Ämter und sonstige Organe durch ihre Instruktionen und Handlungsweisen oder Untätigkeit unsere prinzipiellen politischen Zielsetzungen nicht entwerten, die manchmal in administrativen und bürokratischen Labyrinthen verlorengehen.

Wir werden die Arbeit daran abschließen, die sowjetische Gesetzgebung in vollem Einklang mit den Verpflichtungen, die wir in Wien übernommen haben, mit den Deklarationen, für die wir in der UNO gestimmt haben, und anderen internationalen Dokumenten zu bringen, unter denen unsere Unterschrift steht. Richtig ist, daß das Komitee für internationale Angelegenheiten des Obersten Sowjets zusammen mit dem Außenministerium beschlossen hat, eine spezielle Anhörung der Frage über die Realisierung des Wiener Schlußdokuments durchzuführen. Nicht ausgeschlossen ist anscheinend irgendeine gemeinsame Form der Kontrolle über die Verträge auch auf interparlamentarischer Ebene. Dies würde zusätzliche Garantien für ihre Einhaltung durch alle Seiten geben. Über eine solche Initiative und einen Mechanismus, den man für diese Zwecke einsetzen kann, sollte man sich Gedanken machen.

Ich sagte bereits, daß das neue Denken im Grunde genommen die Ideologie und die Theorie der Perestroika im ganzen und nicht nur in der Außenpolitik ist. Die Ergebnisse unserer internationalen Tätigkeit unterstreichen lediglich seine Fruchtbarkeit. Dies macht uns allen klar: Das neue Denken kann in kurzer Frist merklichere Ergebnisse auch in den inneren Angelegenheiten bringen. Je

schneller wir es verstehen, die Schablonen der vergangenen Zeit zu überwinden, je kühner wir an die Lösung politischer, ökonomischer und sozialer Fragen unter dem Blickwinkel des neuen Denkens herangehen, desto schneller wird die Gesellschaft vorankommen und die Perestroika beginnen, den sowjetischen Menschen greifbaren Nutzen zu bringen.

Wir alle — sowohl im Obersten Sowjet, in der Regierung, in der Führung der Partei wie auch jeder Sowjetbürger, wo er auch immer lebt und arbeitet, — müssen im Auge behalten: Alles, was der Perestroika im Lande schadet oder sie in Verruf bringt, wirkt sich negativ auch auf die internationale Situation des Sowjetstaates aus. Damit verringert sich die Möglichkeit der Nutzung unseres außenpolitischen Potentials für die Lösung der inneren Aufgaben und für den Erfolg der Perestroika selbst.

Die positiven Prozesse in der Welt wurden noch nicht unumkehrbar. Aber zugleich waren die Aussichten auf eine friedliche Periode in der Geschichte der Menschheit nie zuvor derart verheißungsvoll wie heute. Noch niemals hing das in einem solchen Maße von uns, Genossen, von der Verantwortung aller und eines jeden für das große Werk der Perestroika ab.

* * *

Michail Gorbatschow antwortete auf Fragen der Deputierten.

Frage. Hat man im Westen erkannt (das ist vermutlich eine naive Frage), daß ein beliebiger Angriff auf die Sowjetunion angesichts der zahlreichen Kernkraftwerke den Untergang ganz Europas bedeuten wird? Ich frage das, weil meine Wähler auch eine ganz andere Frage stellen: Gibt es nicht zu viel Rüstungen, wenn wir so viele Nuklearbomben und Kernkraftwerke auf unserem Territorium haben? Erkennt man das im Westen?

Antwort. Sie haben eine Frage gestellt, die ich vielleicht in meiner Information hätte vorsehen müssen. Ich denke, Genossen, diese Erkenntnis liegt vor. Und sie ist meiner Ansicht nach eine Voraussetzung, die eine realistische Politik fördert.

Frage. Wie denken Sie, Michail Sergejewitsch: Könnte die sozialistische Gemeinschaft die Erfahrungen, die auf dem Gebiet der kulturellen, wissenschaftlichen, politischen

und wirtschaftlichen Integration Westeuropas akkumuliert wurden, in einem größeren Maße im Interesse ihrer Integration auswerten? Für mich ist das eine äußerst interessante Frage, wenn man Erscheinungen berücksichtigt, die ich beispielsweise weder verstehen noch billigen kann: etwa Zollbarrieren, die zwischen einigen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft errichtet werden, und einige andere Erscheinungen. Dazu wüßte ich gern Ihren Standpunkt.

Antwort. Eine sehr interessante Frage. Ich glaube, daß sich unsere Erfahrungen, unsere Ansichten, unsere Politik beim Umgang mit den Völkern Europas und der Welt so oder anders auf andere Staaten auswirken. Wir können ebenfalls feststellen, daß auch wir eine Einwirkung verspüren. Und ich möchte mich nicht auf eine diplomatische Antwort beschränken: Die Erfahrungen, die wir in dieser Hinsicht sammeln, helfen uns in unseren heutigen Vorhaben, in der sehr bedeutsamen Umbruchsetappe der Entwicklung des Landes. Wenn wir uns auf zivilisierte Erfahrungen stützen und sie auswerten, können wir ausgewogenere Verhaltensweisen ausarbeiten. Ungeachtet der Unterschiede in der sozialen Wahl, den Systemen, Traditionen und aller anderen Besonderheiten — in psychologischer Hinsicht usw. — gibt es vieles, das für uns wichtig ist, uns verbindet und zeigt, daß wir in der Bahn des Fortschritts der menschlichen Zivilisation voranschreiten. Man muß kühn ihre Leistungen auswerten. Das betrifft nicht lediglich die Wirtschaft, sondern vielmehr auch die Sozialpolitik, von den wissenschaftlich-technischen Aspekten dieser Sache ganz zu schweigen. Ich glaube, in allen Bereichen gibt es etwas, was wir übernehmen und erfolgreich in der Etappe der Perestroika auswerten können, da wir Überlegungen anstellen, neue Funktionsmechanismen der Gesellschaft ausfindig machen und neue Lebensformen erschließen. Wissen Sie, wir machen hier keine Entdeckungen, all das hat Lenin gesagt: Kommunist kann einer nur dann werden, wenn er sein Gedächtnis um alle die Schätze bereichert, die von der Menschheit gehoben worden sind. Der Kommunismus entstand nicht abseits von der Heerstraße der Zivilisation, sondern auf deren Hauptrichtung, weil eine solche Kraft wie die Arbeiterklasse auf den Plan getreten war. Er nimmt in sich die Errungenschaften der bisherigen Systeme auf, und heute werden wir mit ihnen wechselseitig zusammenwirken und alles übernehmen, was

seinen Interessen entspricht. Ich denke, wir müssen uns von den alten Stereotypen befreien, zugleich unseren Werten, unserer Wahl, unseren politischen Zielen treu bleiben und im Rahmen des Sozialismus handeln, ihn verbessern und erneuern.

Ich beantworte die Frage allgemein, bin jedoch der Meinung, daß diese Diskussion fortgesetzt werden kann.

Frage. Ich glaube, daß Ihre Ansprache einen vorzüglichen ersten Schritt auf dem Wege zum Professionalismus des Deputiertenkorps in Fragen der außenpolitischen Tätigkeit darstellt. In diesem Zusammenhang wüßte ich gern Ihre persönliche Meinung über die Tätigkeit unserer Journalisten, die sich mit außenpolitischen Problemen befassen. Haben Sie nicht den Eindruck — ich habe diesen Eindruck und stelle daher diese Frage —, daß sie unsere außenpolitischen Aktionen irgendwie einseitig, oberflächlich und sogar mitunter euphorisch einschätzen, während ihre westlichen Kollegen jede unsere außenpolitische Aktion, jedes Abkommen recht gründlich analysieren. Das gibt es bei uns nicht, und wir Deputierten brauchen das meiner Meinung nach angesichts unserer Realitäten.

Antwort. Meiner Ansicht nach gibt es im Vergleich zu unseren Journalisten im Westen mehr Euphorie. Ich lese alles, was aus den westlichen Ausgaben nachgedruckt wird. Dort wird so viel geschrieben ... Was jedoch unsere Journalisten betrifft, ergehen sie sich nicht allzuviel darüber in Worten und bringen es sogar fertig, manches nicht zu sehen. Das ist jedoch sozusagen eine menschliche Reaktion. Ich fordere sie in dieser Hinsicht gar nicht zu einem Wettbewerb mit der westlichen Presse auf. Nein. Ich denke, daß unser außenpolitisches Journalistenkorps im Vergleich zu anderen journalistischen Arbeitsfeldern sehr stark ist. Es ist sehr geschickt. Ich denke, daß dort der Prozeß der Perestroika verläuft und bereits sehr interessante, wichtige Gedanken gebracht hat, die unserer Öffentlichkeit helfen, sich das Wesen unserer Außenpolitik besser vorzustellen, die unsere Initiativen erläutern, zum Thema der Diskussionen werden, in denen unterschiedliche Sichtweisen auf dem internationalen Schauplatz aufeinanderprallen. Zugleich ermöglichen sie es, den Gehalt und die Tiefe des Umbruchs in unserer Außenpolitik in der gegenwärtigen Etappe besser einzuschätzen. Ich würde mein Urteil folgenderweise abschließen: Sie bewegen sich in richtiger Richtung. Und ich vermute, sie wird erfolgreich sein.

Frage. Michail Sergejewitsch, Sie haben von einem Stereotyp gesprochen, nach dem wir vielleicht bei der Abrüstung zu weit gegangen sind. Mir scheint jedoch, daß wir auch zu weit bei der Hochrüstung gegangen sind, so daß wir jetzt lange noch zurückgehen müssen. Sie erwähnten die positive Erfahrung des Westens und die Diskussion im amerikanischen Kongreß über die Rüstungsausgaben. Sie wissen natürlich, und viele andere wissen es auch, daß die Amerikaner stets an ihre neuen Militärprogramme denken. Es ist sehr attraktiv, z. B., genauso wie sie, einen Stealth-Bomber zu besitzen. Warum muß man aber für so eine Attraktion, Entschuldigung, für so ein „Spielzeug" so viel Geld ausgeben und dann darauf verzichten, wie wir auf viele Systeme verzichteten, die wir absolut nicht brauchen? Glauben Sie als Vorsitzender des Verteidigungsrates, daß es bereits an der Zeit ist, auch unsere Militärprogramme mit Rücksicht auf die heute real bestehende militärische Bedrohung zu behandeln? Das ist die erste Frage. Und dann noch eine zweite. Sie haben den Begriff Moral in die sowjetische Außenpolitik eingeführt. In unserer Entschließung, im Beschluß des Kongresses handelt es sich erstmals um das moralische Moment in der sowjetischen Außenpolitik, und daher an Sie meine Frage — ein Satz aus der sowjetisch-iranischen Deklaration: „Die sowjetische Seite ist zur Zusammenarbeit mit der iranischen Seite bei der Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit bereit." Wir haben diesen Satz nie kommentiert, obwohl Sie ausgezeichnet wissen, daß er nach wie vor, gelinde gesagt, viele Fragen und Kritik auslöst.

Antwort. Ich habe es so verstanden, daß der Beifall, der beinahe aufgekommen wäre, besagt, daß die von Ihnen gestellten Fragen klar sind. Und sie sind so gestellt, daß in ihnen schon eine Antwort liegt. Ich muß folgendes sagen: Jetzt bereiten wir die Frage über den Verteidigungsrat vor, und auf der Herbsttagung müssen wir sie erörtern. Folglich werden wir Anlaß haben, das Gespräch über diese Themen zu vertiefen. Ich kann sagen, daß das, wovon Sie sprechen, der sowjetischen Führung seit langem Sorgen bereitet. Ebendiese Besorgnis über das Wetteifern bei immer neuen Militärprogrammen nach dem Prinzip: „Zahn um Zahn und bloß nicht nachgeben!" war eine der Voraussetzungen, die uns auf Gedanken über neue Verhaltensweisen brachte. Eben das war eines der Imperative, die uns zu der Erkenntnis führten, daß wir eine neue Politik und ein neues

Denken brauchen. Nachdem wir die Frage so in theoretischer Hinsicht stellten, mußten wir auch über die Politik nachdenken. Nachdem wir Anklang bei den Verhandlungspartnern (wir werden sie nicht Gegner nennen) gefunden hatten, erkannten wir schließlich die Notwendigkeit, eine neue Militärdoktrin, eine Verteidigungsdoktrin auszuarbeiten. Seinerseits führte uns das zu ernsthaften Änderungen im gesamten Aufbau der Streitkräfte. Das erfaßt auch jene Probleme, von denen Sie sprechen.

Folglich ist die Armee bei uns jetzt in tiefgreifenden Wandlungen begriffen. Sie muß so sein, wie die Situation es diktiert. Sie muß fähig sein, die Sicherheit des Landes zu schützen und zu gewährleisten. Mit anderen Worten, technisch und professionell modern sein. Wir entschlossen uns zur Kürzung vieler Programme, viele haben wir schon eingestellt, das bezieht sich auf Dutzende Programme. Folglich entwickelt sich der Prozeß weiter. Jedoch will ich ein weiteres Mal sagen: Er wird so verlaufen, daß das Wichtigste — die Sicherheit, eine zuverlässige Sicherheit des Landes — gewährleistet wird. Über das Übrige wird ein konkretes eingehenderes Gespräch im entsprechenden Komitee des Obersten Sowjets erforderlich sein. Auf seiner geschlossenen Sitzung, wenn wir über die Zusammensetzung und Bildung eines neuen Verteidigungsrates sprechen, werden wir dieses Problem in seinem vollen Ausmaß vornehmen. Ich versichere Ihnen: Hier gibt es etwas, was Ihnen gesagt werden soll, und ich hoffe, daß Sie etwas zu sagen haben und Fragen stellen werden.

Zur Frage nach der Moral im Zusammenhang mit dem Schlußdokument über das Treffen mit dem heutigen Präsidenten des Iran Ali Akbar Hashemi-Rafsanjani in der Sowjetunion. Wie ich glaube, macht die Politik, die der Weltgemeinschaft zugewandt ist und zur Umgestaltung der Beziehungen auf den Prinzipien der Vernunft, der Zusammenarbeit, auf der Grundlage der Reduzierung der Kernwaffen usw. auffordert, die Frage der Sicherheit nicht weniger aktuell. Sie stellt diese nur auf eine andere Ebene. Wenn es aber um die Sicherheit geht, ist immer auch ein bestimmtes Niveau der Gewährleistung der Hinlänglickeit bei den Rüstungen gemeint, um sich verteidigen zu können. Wir treiben Waffenhandel, obwohl wir auch ihn wesentlich einschränken. Jedoch gibt es das, sowohl mit sozialistischen als auch mit anderen Ländern. In diesem Falle haben wir es mit einem Nachbarland zu tun, zu

dem wir normale Beziehungen aufbauen wollen. Es äußerte uns gegenüber seine bestimmten Bedarfswünsche bezüglich Waffenlieferungen für seine Sicherheit. Wir entschlossen uns zu den bekannten Schritten. Wie ich glaube, laufen sie unseren Vorstellungen von der Verantwortung für die Entwicklung der internationalen Beziehungen, für ihre Lenkung in eine zeitgemäße Richtung, die zur Normalisierung und nicht nur zur Erhaltung, sondern auch zur Festigung des Friedens führt, nicht zuwider.

Frage. Michail Sergejewitsch, in Ihrer Ansprache vor der UNO-Vollversammlung haben Sie eine überaus interessante Idee zur Schaffung einer Art Rat der ökologischen Sicherheit vorgebracht. Wie kann diese Idee konkret im europäischen Haus realisiert werden, unter Berücksichtigung unserer Bedürfnisse nach Kontakten beim Umweltschutz und der gesamteuropäischen Bedürfnisse?

Antwort. Wie mir scheint, kann diese Idee am ehesten eben hier, in Europa, realisiert werden. Die Gründung eines wissenschaftlichen Zentrums bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR z. B. rief großes Interesse in Europa hervor. Dort bekundete man eine positive Einstellung zu dieser Idee und sogar den Wunsch nach der Zusammenarbeit. Im großen und ganzen ist es für die Europäer dringend notwendig, schon in der nächsten Zeit ein Zentrum für Ökologie zu schaffen. Dieser Gedanke wurde bei allen unseren Treffen, mit allen führenden Politikern und nicht nur mit ihnen, sondern auch mit wissenschaftlichen Kreisen, mit der Öffentlichkeit geäußert. Ich glaube, daß eben in Europa am ehesten die Idee von der Zusammenarbeit beim Umweltschutz realisiert werden kann.

Frage. Sehr geehrter Vorsitzender, Sie haben nur wenig über die Möglichkeit gesagt, Anleihen bei anderen Staaten aufzunehmen, unter welchen Bedingungen und wieviel. Wie mir scheint, haben Sie über diese Themen gesprochen. Dieser Eindruck verbindet sich für mich mit einem anderen Eindruck. Heute in der Pause hatte ich ein sehr hartes Gespräch mit dem Finanzminister. Wir haben uns beinahe gestritten. Dieser Minister weigert sich, mitzuteilen, wieviel Geld jeden Tag in Umlauf kommt, das nicht mit Waren gedeckt ist. Faktisch alles, was der gesamte Oberste Sowjet auf dem Wege der Demokratisierung zu tun vermag, kann dieser Minister, indem er 100 Millionen ungedecktes Geld in Umlauf setzt, zunichte machen. Ich gewinne den Ein-

druck, daß uns ein ganzer Abschnitt unseres Lebens vorenthalten wird, nämlich der finanzielle, weil es überhaupt keine Kontrolle darüber gibt.

Antwort. Ich glaube, daß das Thema, das Sie anschneiden, sowohl auf dem Kongreß als auch im Obersten Sowjet ein Schwerpunkt war. Auch heute bleibt es ausschlaggebend. In der Regierung wird ernsthaft daran gearbeitet. Im Zusammenhang mit dem von Deputierten geäußerten Interesse wird Genosse Masljukow am Mittwoch über die Erwägungen der Regierung hinsichtlich der Sofortmaßnahmen zur Normalisierung der Situation in der Wirtschaft informieren. Er wird den Deputierten Denkanstöße für die Zeit der Parlamentsferien geben.

Ihren Streit mit dem Minister der Finanzen können Sie morgen fortsetzen, indem Sie an Genossen Masljukow Ihre Fragen stellen.

Ich aber will sagen: Wir wirken sehr verantwortungsbewußt bei der Aufnahme von Krediten, sehr verantwortungsbewußt. Hier ist es wichtig — das will ich hervorheben —, zwei Aspekte nicht zu verwechseln: Der eine Aspekt besteht darin, wie wir sie nehmen, in welchem Umfang und in welcher Höhe, und das mit unseren Möglichkeiten verbinden. Der andere Aspekt ist, wie wir sie nutzen. Das sind zwei wesentliche Momente. Also, was den Kreditumfang betrifft, gehen wir von der prinzipiellen politischen Zielsetzung aus. Sie besteht in folgendem: Wir müssen auf die Zusammenarbeit eingehen, müssen Kredite nehmen und von ihnen Gebrauch machen, wie alle Länder dies tun, und sie tilgen. Das ist unsere Sache. Aber wir müssen dabei so handeln, daß alle Beschlüsse, die die Sowjetunion angehen, in Moskau und nicht irgendwo anders gefaßt werden. Es kommt darauf an, daß man in einigen Ländern, die Kredite genommen hatten, in eine Situation geriet, in der man ihnen bereits diktiert, wie sie die Dinge in der Wirtschaft führen und in welche Richtung sie das Land entwickeln müssen. Ich glaube, für uns ist das absolut unannehmbar. Das ist unser prinzipielles Ausgangsmoment. Darüber kann man diskutieren, wenn jemand anderer Meinung ist. Ich persönlich halte mich an die Meinung, die ich dargelegt habe. Die Führung des Landes und unser Volk werden sich, wie ich glaube, nie auf eine solche Führung der auswärtigen Angelegenheiten, darunter auch in der Kreditsphäre, einlassen, damit wir nicht in eine Situation geraten, da die Beschlüsse irgendwo — im Inter-

nationalen Währungsfonds, in der Bank für Wiederaufbau usw. — gefaßt werden. Das muß ausgeschlossen werden.

Frage. Sehr geehrter Michail Sergejewitsch, wie auf dem Kongreß betont wurde, entwickeln sich unsere internationalen Angelegenheiten viel schneller zum Besseren als die Situation im Lande. Können wir alle, die Volksdeputierten, eine schnellere Verbesserung der Situation im Lande anhand Ihres Denkens erwarten?

Antwort. Durch unser Denken, sage ich. Und ich will alle bitten, einander nicht zu verdächtigen. Wollen wir gemeinsam anhand unseres Denkens nach Lösungen dafür suchen, was wir in diesen letzten Tagen hätten tun müssen. Im Verlaufe der Wahlkampagne unterstützte das Volk stark die Politik der Perestroika. Es führte diese Kampagne im kritischen Geiste und stellte auch hohe Anforderungen. In der heutigen Situation offenbarte sich das in den Streiks von Bergleuten sowie darin, wie sie die Fragen danach stellten, wie wir handeln müssen, um die Pläne der Perestroika in der Wirtschaftssphäre zu realisieren. Mir scheint, daß uns das heute allen Sorgen bereitet.

Ich glaube nicht, daß der Oberste Sowjet in Panik geraten sollte. Er muß ruhig Blut bewahren. Und das tut er. Es gilt, alle intellektuellen Kräfte, all unsere schöpferischen Fähigkeiten zu vereinen, um ein Verhalten in der Wirtschaft zu erarbeiten, das uns helfen würde, die unaufschiebbaren Aufgaben, insbesondere bei der Regulierung der Finanzen und des Marktes, zu lösen und zugleich einen großen Vorlauf für die Perspektive zu schaffen, damit unsere Wirtschaft an Dynamik gewinnt und effektiv wird. Das von uns Vorgezeichnete schließt das ein. Über einige diesbezügliche Fragen hinsichtlich der Sofortmaßnahmen wird Sie morgen Genosse Masljukow informieren. Alles andere wird gegen Mitte September vorbereitet, damit die Deputierten gleich nach ihrer Rückkehr nach Moskau über die Komitees und Kommissionen an der Erörterung des gesamten Komplexes der Fragen teilnehmen können.

Wir müssen ständig im Auge behalten: Hinter unserem Rücken stehen das Land, die riesengroße Wirtschaft und die enorme Verantwortung. Wenn jemand glaubt, daß es einfache und leichte Lösungen gibt, so versichere ich, daß es sie nicht gibt. Wir müssen alle Kräfte aufbieten und uns vereinigen, um gemeinsam diese Antworten zu finden, und nicht versuchen, wie das bei uns manchmal in dieser

Etappe der Tätigkeit des Obersten Sowjets und auf dem Kongreß zum Vorschein kommt, einander in die Enge zu treiben.

Ich sehe doch: Manch einer zieht mit offenen und versteckten Andeutungen die Tätigkeit des Vorsitzenden des Obersten Sowjets stark in Zweifel — er versuche, das zu einen, was sich nicht einen lasse, das zu verbinden, was sich nicht verbinden lasse, die Linken und die Rechten in ein Boot zu setzen und so weiter. Das alles sind Mutmaßungen. Dabei keine soliden Mutmaßungen, die von einem Mangel an gründlicher Analyse und Verantwortung zeugen. Ich bin überzeugt: Wir werden alle schöpferischen Kräfte im Obersten Sowjet auf die Suche nach Lösungen und Antworten, auf die Erarbeitung solcher Entscheidungen konsolidieren, auf die unser Volk wartet. Das ist eine Linie, die wir brauchen. Wenn wir in diesem verantwortlichen Organ intrigieren, wäre das eine Schande für den Obersten Sowjet, und das Volk wird das uns nie verzeihen.

Abschließend sagte der Deputierte **Chudonasarow:** Michail Sergejewitsch, Sie sprachen von den interparlamentarischen Beziehungen und davon, daß wir sie ausgebaut haben. Ich habe einen Wunsch. Leider gibt es in unserer Bibliothek und überhaupt bei uns wenig Bücher auf diesem Gebiet, geschweige denn, daß verschiedene Menschen und verschiedene Kommissionen über unterschiedliche Informationen verfügen. Es ist sehr wichtig, daß wir irgendwo Informationen herbekommen, um auf dem laufenden zu sein. Neben allem anderen müssen wir fast tagtäglich feststellen, daß man in dieser oder jener Frage wissen möchte, wie das in ausländischen Parlamenten gehandhabt wird. Deshalb habe ich den Wunsch, daß die Information, über die Forschungsinstitute und die Akademie der Wissenschaften verfügen, bei uns hier, in unserer Bibliothek, konzentriert wird.

Michail Gorbatschow meinte, daß dies ein sehr wertvoller Vorschlag ist und man ihn realisieren sollte.

ВЫСТУПЛЕНИЕ М. С. ГОРБАЧЕВА
НА ПЕРВОЙ СЕССИИ ВЕРХОВНОГО СОВЕТА СССР
по итогам визитов в Великобританию,
Федеративную Республику Германия и во Францию
и об участии в совещании ПКК
государств — участников Варшавского Договора

Москва, Кремль, 1 августа 1989 года

на немецком языке

Цена 15 к.